

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: 20 Pf. pro Woche
Postamt Leipzig Nr. 1000

Bezugspreis: 20 Pf. pro Woche
Postamt Leipzig Nr. 1000

Nr. 230

Montag, den 2. Oktober 1922

17. Jahrgang

Politische Wochenschau.

Vom Oberbürgermeister Dr. Aßh, M. d. R.

Auf dem Balkan fangen die Throne und die Kronen an zu wackeln. Konstantin mit seinem vielbewegten Schicksal wird endgültig den modernen Weg der Monarchen gehen. Aber auch der Sultan, der Königl. Herrscher von Jugoslawien und der Zar von Bulgarien scheinen nicht mehr ganz fest zu sitzen. Überall wirt es. Blutiger Aufruhr herrscht in Griechenland, in Bulgarien und in Albanien, und niemand vermag zu sagen welche Ausbreitung das an allen Ecken und Enden ausflimmende Feuer nehmen wird. Die bevorstehende Friedenskonferenz wird schwere und verwickelte Arbeit haben, wenn sie überhaupt in absehbarer Zeit zustande kommt. Wohl hat die Entente in ihrer Einladung an die Türken nicht nur in der Form, sondern auch im Inhalt ganz erhebliche Zugeständnisse an den Nationalstolz der Türken gemacht, aber solche Versprechungen zur Erzielung eines Waffenstillstandes sehen bei der Entente bekanntlich nicht hoch im Kurs, man braucht nur an die 14 Punkte Wilsons zu denken. Kemal Pascha aber ist ein gelehriger Schüler Englands und Frankreichs, das zeigen die von ihm den Griechen gegenüber vorgeschlagenen Waffenstillstandsbedingungen. Es ist bezweifellos durchaus wahrscheinlich, daß zunächst einmal von türkischer Seite Forderungen für eine wirkliche Durchführung des Zugeständnisses verlangt werden.

Daß Rußland auch weiterhin im Hinterland der Türkei sich zu den bevorstehenden Friedensverhandlungen anmeldet, erleichtert die Lage durchaus nicht. Die schwierigste Komplikation aber ergibt sich aus der Tatsache, daß auch der Thron des ungeliebten Königs von England zu wackeln beginnt. Lloyd George sitzt nicht mehr fest im Sattel. Wenn man auch die jüngsten Ereignisse nicht allzu tragisch zu nehmen braucht, bei denen einige Dschorer Studenten den britischen Premier auf offener Straße insultierten, so zeigt sich doch in einem erheblichen Teile der britischen Presse und damit der öffentlichen Meinung ein starkes Wanken von Lloyd George. Das englische Volk ist politisch zwar ausgeglichen erzoogen und disziplinierter, und es gerät keineswegs, wie so viele Kreise bei uns, angesichts des vorübergehenden Wankens irgendeiner politischen Aktion in Verwirrung. Aber was in den letzten Monaten die britische Politik an Rückschlägen erlitten hat, geht doch nicht dem Engländer zu weit. Überall ist in den letzten Wochen in dem Auseinanderbrechungsverfahren zwischen Frankreich und England Lloyd George als offenkundiger Sieger hervorgegangen, und das Prestige Englands hat hierdurch außerordentlich gelitten; dies ist insbesondere von seiner jetzigen Haltung der Türkei gegenüber, die eine sehr unliebsame Stimmung in den britischen Gebieten des Islams ausgelöst hat. Bei dieser Sachlage gewinnt die Wahrscheinlichkeit Raum, daß sich England in kürzester Frist vor eine Regierungskrisis und vor Neuwahlen zum Parlament gestellt sehen wird. Für Deutschland wäre eine solche Entwicklung um deswillen unglücklich, weil dadurch ein neues Element der Ungewißheit in die außenpolitische Konstellation für Deutschland gebracht werden müßte, und weil sich dann weniger denn je übersehen läßt, ob und in welchem Verlauf die erhoffte Konferenz zur endgültigen Nachprüfung unserer Reparationsleistungen zustande kommen wird.

Unser Wirtschaftsleben drängt mit immer stärkerer Notwendigkeit zu einer endgültigen Lösung des Reparationsproblems. Die einstweilen gewährte Stundung ist zwar ein Nachlassen der sprunghaften Entwertung unserer Währung gebracht, irgendeine Besserung aber in unserem Wirtschaftsleben ist nicht zu verzeichnen. Die Ungewißheit über das deutsche Schicksal läßt die Welt nach wie vor mit ihrem Vertrauen in die deutsche Zukunft sehr sparsam umgehen. Unter diesen Umständen muß man nach wie vor dem kommenden Winter mit größter Sorge entgegensehen.

Schwerer noch und drängender als bei uns sind jetzt die Sorgen in der benachbarten Tschechoslowakei geworden. Die Industrie, vor allem der nordböhmischen Gebiete, kommt täglich mehr zum Erliegen. Die Industrie in der Tschechoslowakei wird erstikt durch die Valuta des Landes. Es ist aber anzunehmen, daß die Korrektur dieser widersinnigen wirtschaftlichen Verhältnisse doch aus ihnen selbst heraus erfolgen wird. Wenn die wirtschaftliche Krise anhält, werden politische Erschütterungen nicht ausbleiben; schon können sich solche an vereinzelten Orten an, treten sie dann erst deutlicher erkennbar auf, so wird die tschechische Valuta zweifellos sinken und dann wird ein neuer Antriebs für die Industrie zu exportfähiger Produktion gegeben sein. Trotz der schweren Sorgen, in der gerade die Deutschen jetzt in Böhmen leben, haben sie doch gerade in der letzten Zeit ein überaus reiches Angebot an Hilfsleistungen gegenüber der tschechischen Bevölkerung gegeben. Das bei

deutsch-demokratischen Freiheitspartei angehörige Mitglied des Abgeordnetenhauses Karl Kostka aus Reichenberg hat in einem öffentlichen Aufruf alle Deutschen in der Tschechoslowakei aufgefordert, zu einer Spende für reichsdeutsche Kinder in den Hauptstädten und in den Grenzstädten. Ueber die endgültige Zuteilung soll Gerhard Hauptmann entscheiden, dem dieser Hilfsfonds zum 30. Geburtstag zur Verfügung gestellt wird. Die hochherzige Bestimmung, die aus diesem Vorgehen spricht, ist der beste Beweis, daß es in Deutschböhmen doch weite Kreise von Volksgenossen gibt, die nicht nur für reichsdeutsche Waren, sondern auch für reichsdeutsche Sorgen woffes Verständnis haben. Dergleicher Dank der aus dem Fonds Bedachten wird dem Urheber des schönen Gedankens und den Spendern sicher sein.

Das Bild der innerpolitischen Entwicklung Deutschlands wurde in der letzten Woche durch die in Nürnberg vollzogene Vereinigung der Mehrheitssozialdemokratie und der unabhängigen Sozialdemokratie zur vereinigten sozialdemokratischen Partei Deutschlands beherrscht. Es wird sich sehr bald zeigen, welche Auswirkungen diese Vereinigung auf Parlament und Regierung haben wird. Es wäre voreilig, nach der Paradedarstellung der Vereinigung eine Kritik der Wirkungen schon jetzt abgeben zu wollen. Als eine Verkürzung der politischen Kampffront und als eine Konsolidierung der Arbeiterbewegung darf diese Vereinigung jedenfalls schon heute mit Genugtuung begrüßt werden.

Aktive deutsche Handelsbilanz im August.

Nach den vorläufigen Feststellungen des Statistischen Reichsamts über die Ergebnisse des deutschen Außenhandels wurden im August eingeführt 46,8 Millionen Doppelzentner im Werte von 66,8 Milliarden Mark, aus Deutschland ausgeführt 14,1 Millionen Doppelzentner im Werte von 60,3 Milliarden Mark. Gegenüber dem Vormonat ist mengenmäßig die Einfuhr um 1,2 Millionen Doppelzentner gesunken, wertmäßig um 10,7 Milliarden Mark. Die Ausfuhr ist mengenmäßig um 2,3 Millionen Doppelzentner zurückgegangen, wertmäßig hat sie um 24,8 Milliarden Mark zugenommen.

Die Verschiebung im Verhältnis der Mengen und Werte zueinander und die zahlenmäßige Wertzunahme, die besonders auf der Ausfuhrseite in Erscheinung tritt, beruht in erster Linie auf den Folgen der starken Wertentwertung im August. In der Einfuhr weisen die verhältnismäßig hochwertigen Waren, besonders verschiedene Nahrungsmittel und Rohstoffe, einen erheblichen mengenmäßigen Rückgang auf. Zugenommen hat dagegen besonders die Einfuhr geringwertiger Waren, wie Baum- und Kuppelholz, Steinkohle, Koks usw. Bei der Ausfuhr betrifft der Mengenrückgang hauptsächlich geringwertige Waren wie Steinkohle, Koks, Kalksäge, Eisenwaren, während höherwertige Waren, von denen Automobile, Maschinen, Papierwaren und Wehl (dieses für das Saargebiet und Pommern-Obererschlesien) genannt seien, in vermehrtem Maße ausgeführt worden sind. Der wertmäßige Ausfuhrüberschuß ist außerdem noch besonders dadurch hervorgerufen, daß die Entwertung der inländischen Valuta auf der Ausfuhrseite stärker und schneller zum Ausdruck kommt, als auf der Einfuhrseite. Infolgedessen erscheinen in einer Zeit rasch gesunkener Inlandsbewährung, wie im Berichtsmonat die Einfuhr wertmäßig kleiner und die Handelsbilanz aktiver, als sie tatsächlich waren. Die Tatsache, die besonders für die August-Ergebnisse infolge des starken Wertsturzes von erheblicher Wirkung gewesen ist, darf bei Beurteilung dieser Ergebnisse mit ihrem zahlenmäßigen Ausfuhrüberschuß von 8,7 Milliarden Mark nicht außer Betracht gelassen werden.

Die dreijährige Tätigkeit der Technischen Nothilfe.

Am 30. September 1922 blühte die Technische Nothilfe auf das dritte Jahr ihres Bestehens zurück. In weitaus größerem Umfange als in den vorhergehenden Jahren mußte sie in diesem Jahre in lebenswichtigen Bezirken zum Wohle der Allgemeinheit eingreifen. Während im ersten Jahre 562, im zweiten 485 Einsatzstellen mit 20.281 bzw. 9727 Nothelfern gemißt wurden, mußte im nunmehr abgelaufenen dritten Jahre die Technische Nothilfe an rund 890 Stellen mit zusammen 28.000 Nothelfern eingreifen. Insgesamt hat sie demnach während der drei Jahre ihres Bestehens an rund 2000 Stellen mit rund 59.000 Nothelfern tätig sein müssen und dabei die Zahl von rund 8.070.000 Arbeitsstunden geleistet. Während die Tätigkeit der Technischen Nothilfe in erster Linie dem Schutze der Bevölkerung vor unmittelbaren Folgen eines Streiks in lebenswichtigen Betrieben gilt und sich nicht in Bittern ausdrücken läßt, lassen sich die Werte der erhaltenen Lebensmittel zu einem Teile zahlenmäßig feststellen. Sie betragen innerhalb der drei Jahre des Bestehens folgende Mengen:

Im Reich wurden von der Technischen Nothilfe 57.900 Zentner vor dem Verderben bewahrt, an Kartoffeln 281.000 Zentner und an Getreide rund 150.000 Zentner. Insgesamt heißt das durch Anlauf des Reich-

nischen Nothilfe dem Verbrauch erhaltenen und zugewanderten Nahrungs- und Futtermittel bei einem Dollarkurs von 1400 einen Gesamtwert von 18 Milliarden Mark dar. In dieser Summe sind die von der Technischen Nothilfe im Eisenbahnnetz geretteten Werte noch nicht berücksichtigt.

Die Zahl der Orts- und Landesgruppen ist von 1100 im Jahre 1921 auf 1500 in diesem Jahre gestiegen. Der unpolitische Charakter der Organisation kommt deutlich darin zum Ausdruck, daß die Angehörigen der arbeitenden Berufe, wie Arbeiter, Landwirte, Techniker, in steigendem Maße der Technischen Nothilfe beitreten.

Das Gesetz gegen die Not der Presse

Der Wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich am Freitag mit dem Entwurf der Verordnung gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse. Einstimmig wurde folgende Fassung des § 14 vorgeschlagen: Rückvergütungen auf Druckpapierpreise sind an die Verleger der deutschen Zeitungen und Zeitschriften, die politischen und wissenschaftlichen Charakter tragen, wie der deutschen religiösen Sonntagsblätter zu zahlen. Unterstützungsberechtigt sind ferner die offiziellen Organe der allgemeinen und fachlichen Berufsvertretungen, soweit sie nicht durch Anzeigen oder andere Quellen ihre Selbstkosten decken. In Zweifelsfällen entscheidet der Verwaltungsrat über die Unterstützungsberechtigung endgültig. Ferner wurde beschlossen, daß außer den in der Verordnung Genannten der Berufsverein des deutschen Buchhandels einen Vertreter und ferner der Reichswirtschaftsrat im Einvernehmen mit den betreffenden Organen je einen Vertreter der Fachpresse und der wissenschaftlichen Zeitschriften in den Verwaltungsrat zu entsenden hat. Mit allen gegen 5 Stimmen wurde folgende Entschlieung Bernbard angenommen: Auf Rückvergütungen haben nur solche Verleger Anspruch, die die Verpflichtungen aus den Lohnverträgen der Arbeiter, Angestellten und Redakteure erfüllen. Mit diesen Abänderungen wurde die Verordnung einstimmig gebilligt. Vertreter der Arbeitgeber und von der Regierung ernannte Mitglieder brachten dabei zum Ausdruck, daß sie das Gesetz nach wie vor für eine wirtschaftspolitisch verfehlt Maßnahme betrachten, weil nichtwirtschaftlich arbeitende Gewerbe durch Beihilfen nicht gehalten werden können.

Wachsende Kriegsgefahr im Orient

Minutenum des Generals Harrington an Kemal Pascha.

Die Lage wird als sehr ernst angesehen. Angesichts der Zusammenziehung türkischer Truppen vor Tschana sind neue Wellungen an General Harrington abgegangen, nach denen er Kemal Pascha zum letzten Mal zum Zurückziehen seiner Truppen auffordern soll. Die Regierung verspricht Harrington ihre volle Unterstützung bei allen Schritten, die er für erforderlich hält. Harrington hat daraufhin an Kemal Pascha eine ultimative Note geschickt. In Paris wurde gleichzeitig aus London eine Mitteilung gefandt, in der die Anweisung an Harrington gerechtfertigt und die gemeinsame Entsendung von alliierten Truppen ins Marmarameer vorgeschlagen wird.

Lloyd Georges Privatsekretär hat Journalisten erklärt, daß England entschlossen sei, nicht zurückzuweichen und sich auch durch den französischen Widerspruch nicht beeinflussen lassen werde. Die englische Regierung stehe auf dem Standpunkte, daß die Türken den Waffenstillstand vom Oktober 1918 automatisch gebrochen haben, wenn sie nicht sofort die neutrale Zone räumen. Damit wäre dann der Kriegszustand zwischen Großbritannien und der Türkei wiederhergestellt.

Die ganze neutrale Zone besetzt.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Konstantinopel haben die türkischen Nationalisten jetzt ihre Besetzung der neutralen Zone am Südufer der Dardanellen völlig durchgeführt. Die gesamte Gegend mit Ausnahme von Tschana, sei besetzt. Die türkische Kavallerie sei durch Infanterie verstärkt und warte die weitere Entwicklung ab.

Rußlands Interesse am Bosphorus.

Der russische Delegierte Litwinow, der von der Sowjetregierung gewöhnlich mit wichtigen Missionen ins Ausland betraut wird, ist heute in Berlin eingetroffen und hat einen Mitarbeiter der Vossischen Zeitung zu einer Erklärung ermächtigt, in der hervorgehoben wird, daß Rußland großes Interesse daran habe, einen Krieg im Osten zu vermeiden. Die Sowjetregierung werde alles daran setzen, ihren Einfluß im Sinne einer friedlichen Beilegung des Konfliktes geltend zu machen. Das könne aber nur geschehen, wenn die Großmächte das starke Interesse Rußlands in dieser Frage anerkennen. Rußland könne unmöglich einer solchen Lebensfrage, wie es der Bosphorus sei, gleichgültig gegenüberstehen, es müsse vielmehr mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln für eine Teilnahme an der Lösung dieser Frage eintreten. Die Entscheidung von England, Frankreich und Italien, die in Paris gefallen sei, habe sicherlich dazu beigetragen, daß die Kräfte sich schärfer zugespitzt habe. Zwischen Moskau, Tiflitz und Ankara herrsche volles Einvernehmen über die Regelung der Bosphorusfrage.

Selbstversteht sich, daß Herr Oberbürgermeister Dr. ...

Am 20. September waren es acht Jahre, daß Hermann Löns den Helldorfer ...

Am 20. September waren es acht Jahre, daß Hermann Löns den Helldorfer ...

Am 20. September waren es acht Jahre, daß Hermann Löns den Helldorfer ...

Am 20. September waren es acht Jahre, daß Hermann Löns den Helldorfer ...

Am 20. September waren es acht Jahre, daß Hermann Löns den Helldorfer ...

Am 20. September waren es acht Jahre, daß Hermann Löns den Helldorfer ...

Am 20. September waren es acht Jahre, daß Hermann Löns den Helldorfer ...

Am 20. September waren es acht Jahre, daß Hermann Löns den Helldorfer ...

Am 20. September waren es acht Jahre, daß Hermann Löns den Helldorfer ...

Am 20. September waren es acht Jahre, daß Hermann Löns den Helldorfer ...

Am 20. September waren es acht Jahre, daß Hermann Löns den Helldorfer ...

Am 20. September waren es acht Jahre, daß Hermann Löns den Helldorfer ...

Am 20. September waren es acht Jahre, daß Hermann Löns den Helldorfer ...

Am 20. September waren es acht Jahre, daß Hermann Löns den Helldorfer ...

Am 20. September waren es acht Jahre, daß Hermann Löns den Helldorfer ...

Am 20. September waren es acht Jahre, daß Hermann Löns den Helldorfer ...

Am 20. September waren es acht Jahre, daß Hermann Löns den Helldorfer ...

Am 20. September waren es acht Jahre, daß Hermann Löns den Helldorfer ...

Am 20. September waren es acht Jahre, daß Hermann Löns den Helldorfer ...

Letzte Drahtnachrichten.

Zur Orientreise.

Paris, 2. Oktober. Nach Meldung des Antragskomitees ...

Paris, 2. Oktober. Die Agence Havas berichtet aus ...

Paris, 2. Oktober. Die Agence Havas berichtet aus ...

Bestimmungen eines großen Einbrecherbands in Berlin.

Berlin, 2. Oktober. Nach mehrmonatigen Beobachtungen ...

Streik der Hausbesitzer in Wien.

Wien, 2. Oktober. Der Zentralverband der Hausbesitzer ...

Der Kollav notierte heute vormittag in Berlin vom ...

MAGGI Suppen helfen Kohlen und Gas sparen.

Advertisement for MAGGI soups, including text about energy savings and a small image of a soup can.

Umsatz- und Grunderwerbssteuerverwaltung.

Ein Protest des Sächsischen Gemeindetages.

Trotz der wiederholten dringenden Vorstellungen des Sächsischen Gemeindetages wie auch des Sächsischen Städte- und Landtags vom Reichsfinanzministerium die Übertragung der Verwaltung der Umsatz- und Grunderwerbssteuer in Sachsen — mit Ausnahme einiger weniger Städte — endgültig für den 1. Oktober d. J. angeordnet worden. Diese Anordnung hat in den sächsischen Gemeinden eine außerordentliche Erregung hervorgerufen. Der Sächsische Gemeindetag hat als Vertretung der Gesamtheit der sächsischen Gemeinden nochmals in einer Eingabe an das Reichsfinanzministerium alle die Gründe zusammengefaßt, die gegen die Übertragung der Verwaltung, vor allem der Umsatzsteuer, auf die Reichsfinanzbehörden sprechen. Mit aller Dringlichkeit ist zunächst darauf hingewiesen worden, daß die staatlichen Finanzämter mit Arbeit bereits überlastet sind, daß eine reibungslose Verwaltung der beiden Steuerarten, wie sie bei den gemeindlichen Steuerämtern gewährleistet ist, nicht möglich erscheint. Das ist allen mit den Verhältnissen vertrauten Stellen seit langem zur Genüge bekannt und kann auch von dem Reichsfinanzministerium ernstlich nicht bestritten werden. Wie richtig diese Behauptung ist, beweist die Tatsache, daß die Veranlagung der Reichseinkommensteuer — sehr zum Schaden der breiten Öffentlichkeit — noch immer mit einem wesentlichen Teile im Rückstande ist und daß vor allem aus den Beiträgen der Körperschaftsteuer, die in vielen Industrie- und Gewerbeorten beinahe das Soll der Reichseinkommensteuer erreicht, den Gemeinden noch nichts hat überwiesen werden können. Dabei handelt es sich meist um außerordentliche Beträge für die Gemeinden. Es wird von keiner Seite verstanden werden, wenn angesichts dieser die allgemeinen Steuerinteressen auf schwerste schädigenden Verhältnisse die Finanzämter gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt noch mit neuen beträchtlichen Aufgaben belastet werden. Auch auf die zweifellos allerorten auftauchenden ganz erheblichen Raumnotverhältnisse ist nochmals nachdrücklich hingewiesen worden. Gerade deshalb, weil, wie das Reichsfinanzministerium als Begründung seiner Entscheidung betont, die Umsatzsteuer mit ihrem Umsatz auf mehr als 24 Milliarden Mark beschaffen Ertrag eine der wichtigsten Reichsteuern bildet, erscheint es dringend erforderlich,

ihre Verwaltung auch in Zukunft in den Händen der Gemeinden zu belassen. Man wieder zu übertragen, da nach der letzten Übertragung der Gemeinden aus diese in der Folge auf Grund ihrer viel besseren und günstigeren Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse eine bessere Verwaltung zu erwarten ist. Man hat jedoch die vorliegenden Angaben nicht herangezogen, sondern die Unmöglichkeit einer Veranlagung der Umsatzsteuer selbst eingeschätzt. Bezeichnenderweise ist von einer Seite sogar geltend gemacht worden, daß mit dem Augenblick der Übertragung die weitere Bearbeitung der Umsatzsteuer zunächst erleichtert sei. Die Gemeinden haben bisher für die Verwaltung der Umsatzsteuer eine Erhebungsgeldhöhe von 4 Prozent des Aufkommens erhalten, die ihnen wesentliche Einnahmen gebracht haben. Angesichts der Verpflichtungen, die von dem Reichsfinanzministerium vor kurzem erst wegen einer Verringerung der Postlage der Gemeinden gemacht worden sind, die auf eine größere Beteiligung der Gemeinden an den großen Reichsteuern hinauslaufen, ist es in der Tat schwer zu verstehen, wie andererseits den Gemeinden eine wichtige Einnahmequelle von reichlichen Werten entzogen werden kann.

Eine schwere Schädigung der Gemeinden ist auch durch die weitere Anordnung des Reichsfinanzministeriums eingetreten, nach der die Gemeinden in Zukunft nicht mehr berechtigt sein sollen, von den von ihnen vereinbarten Vorauszahlungsbeträgen auf die Umsatzsteuer den ihnen zustehenden Gemeindeanteil in Höhe von 5 Prozent des Umsatzaufkommens zu kürzen. Auch diese Verordnung hat auf die ohnehin ungünstige Finanzlage der Gemeinden die nachteiligste Wirkung. Die laufenden Einnahmebeträge aus der Umsatzsteuer waren bisher die einzige fließende Einnahmequelle der Gemeinden, die sich dem dauernd sinkenden Geldwerte am ehesten anpassen und aus der die Gemeinden einen wesentlichen Teil ihrer Ausgaben decken konnten. Alle Maßnahmen des Reichsfinanzministeriums zur Verringerung der Postlage der Gemeinden, so notwendig sie auch sind, verfehlen letzten Endes ihren Zweck, wenn den Gemeinden auf der anderen Seite so wichtige Einnahmequellen wieder entzogen werden wie die laufenden Beiträge aus der Umsatzsteuer.

Der Vorstand des Sächsischen Gemeindetages hat daher nochmals in letzter Stunde das Reichsfinanzministerium im Interesse der Gesamtheit der sächsischen Gemeinden gebeten, die vor kurzem getroffene Anordnung,

nach der die Verwaltung der Umsatz- und Grunderwerbssteuer in Sachsen durch das Reich für den 1. Oktober 1922 vorgeesehen ist, sofort wieder aufzuheben und auch den Gemeinden, denen die Verwaltung schon früher übertragen worden ist, diese Verwaltung wieder zu übertragen, weiter auch die Verordnung vom 19. Juli d. J. wieder aufzuheben und dadurch den Gemeinden auch weiterhin zu gestatten, die Umlage von 5 Prozent von den auf die Umsatzsteuer geleisteten Vorauszahlungen zu kürzen zu können, wenn es trotz dieses nochmaligen nachdrücklichen Protestes bei der Übertragung der Verwaltung am 1. Oktober verbleiben sollte, laufende monatliche Vorberichte auf die ihnen zustehenden Umsatzsteueranteile zu gewähren.

Amtliche Bekanntmachung.

Achtung! Stromabnehmer!

Wir bringen hiermit unseren Stromabnehmern in Erinnerung, daß alle elektrischen Licht- und Kraftanlagen sowie Erweiterungen, Erweiterungen usw. nur von den hierzu berechtigten Installationsfirmen hergestellt bzw. vorgenommen werden dürfen. Alle übrigen durch Unbefugte erstellte Anlagen, Erweiterungen und Erweiterungen sind von der Stromlieferung grundsätzlich ausgeschlossen und werden zutreffendenfalls vom städt. Leitungsnetz ohne vorherige Verwarnung abgetrennt.

Zu widerhandelnde haben unter Umständen den Entzug des gesamten Licht- und Kraftstroms zu erwarten.

Es liegt im Interesse des Stromabnehmers, sich von der Installationsberechtigung der Firmen zu vergewissern.

Die vom Rate der Stadt Aue zur Ausführung von elektrischen Installationen im Bereiche des städtischen Leitungsnetzes zugelassenen Firmen sind zur Zeit:

Elektrizitätsgesellschaft m. b. H. Haas u. Stahl, Aue, Deubenstraße 2.

Ernst Lange, Ingenieurbüro, Aue, Bahnhofstraße 4.

Gebr. Rog, Installationsgeschäft, Aue, Ernst-Papst-Str. 6.

Felix Riedel, Installationsgeschäft, Aue, Albertstraße 2.

Edwald Wetter, Installationsgeschäft, Aue, Mittelstr. 84.

Kraftwerke Westsachsen, Installations-Abteilung Aue, Schmeberger Straße 18.

Städtische Elektrizitätsversorgung Aue, Wettinnerstraße 69.

Direktion der Städt. Gas- und Elektrizitätsversorgung, Aue.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Selbmann. Druck u. Verlag Auer Druck- und Verlags-Gesellschaft m. b. H., Aue.

Infolge Unglücksfall verschied am Sonnabend nachmittag 5 Uhr plötzlich und unerwartet nach kurzem, schwerem Leiden mein treuer, schaffensfroher Gatte, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Rohprodukten - Händler

Hermann Eberlein

im 55. Lebensjahre.

Anna verw. Eberlein nebst Kindern und Hinterbliebenen.

AUE, den 2. Oktober 1922.

Mühe und Arbeit war sein Leben.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 4. Oktober, nachm. 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Reichsstraße 35, aus statt.

Allen Freunden und Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, daß am 23. September 1922 unsere innigstgeliebte, treusorgende Gattin und Mutti, unsere liebe Schwägerin und Tante

Frau Hanna Meichssner

plötzlich und unerwartet im 32. Lebensjahr sanft verschieden ist.

In tiefstem Schmerze

Ernst u. Ursel Meichssner nebst allen Hinterbliebenen.

Hamburg 23, Eibenstock und Aue. (Fichtestr. 16)



Gesichts- Ausschlag

Wichtig! Wachsen, Kneifen, Ausschlag, wenn man den Ausschlag von Hergert's Gesicht-Ausschlag-Salbe abwascht, verschwindet er sofort. Schauen sich sorgsam ein, und mit Hergert's Gesicht-Ausschlag-Salbe nachträglich. Grobartige Wirkung von Ausschlag, Ekzem, In allen Ausschlag, Ekzem, Gesicht-Ausschlag-Salbe. In Aue in der Adler-Apothek, Georg Seidler und bei Erler & Co. Nachfolger, Drogerie.

Für die uns anlässlich unserer am 28. September erfolgten VERMÄHLUNG dargebrachten Glückwünsche und Geschenke von nah und fern danken wir hierdurch, im Namen unserer Eltern beiderseits, recht herzlich.

Arno Weigel, Erna Weigel geb. Weißflog.
Aue und Niederzöwitz.

„Zur Linde“, Friedrich-Auguststr.
Heute, zum II. Kirmesfeiertag,
spielt nochmals auf Wunsch der Konzertina-Virtuose **Paul Meihorn** mit seinem Sohn.
Genießreiche Stunden versprechend, laden ergehenst ein
Reinhard Roth und Frau.

Winter = Kartoffeln!
In den nächsten Tagen treffen die ersten Waggons **pa. Speise-Kartoffeln** (aus dem Sandboden) zum Einfeiern ein. — Anfuhr wird billigt übernommen. — Bestellungen erbitte rechtzeitig.
Willy Möser, Großhandlg. land- u. wirtsch. Erzeugn. Aue, Mozartstr. 1.
Westfälische Eisen-Großhandlung, speziell mit der Emaille-Industrie arbeitend, **sucht für Büro und Reise tüchtigen, jüngeren Herrn**, der mit der Emaille-Branche genau vertraut ist. — Zeitgemäße Bezahlung. — Angebote mit Gehaltsansprüchen und Einzelheiten unter A. Z. 4728 an das Auer Tageblatt.

Steckenpferd-Seife
Die beste Lilienmilchseife
1. zarte, weiche Haut und blend. schönes Teint. Ferner macht „Dada-Cream“ rote und spröde Haut weiß u. sammetweich. Überall zu haben

Drogerie Erler & Co. Nachf. Central-Drogerie Curt Simon. Gust. Otto, Selbstgesch., Markt.

Zöpfe
empf. in großer Auswahl **Stern & Gauger** Zöpfe- u. Perückenfabrik, Aue Wettinnerstr. 48, am Wettinplatz

Pickel! Mitesser!
Kostenlos gebe ich jedem gern Auskunft über ein einfaches, oft wunderbares Mittel **Frau M. Poloni** Hannover D, Schleifsch 106.

Kontoristin, die an flottes, selbständiges Arbeiten gewöhnt und mit allen Kontorarbeiten vertraut ist, sucht baldig Stellung. Werte Angeb. unt. „A. Z. 4728“ an d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Seibitz
Heimarbeiter für Verfrachten gesucht. Bismarckstraße 25, III.

Vertreter, welcher nebenbei wöchentlich einmal die Autobesitzer zu besuchen hat, wird von sehr leistungs-fähigem, gut eingeführtem technischen Unternehmen für Aue u. nähere Umgebung bei sehr guter Verdienstmöglichkeit gesucht. Angeb. unter A. Z. 4728 an d. Geschäftsst. d. Bl.

Größ. Schulmädchen f. nachm. gef. Wettinnerstr. 51, I.

Robielle u. Häute kauft zu realen Preisen **Aust Jungblau**, Heilblg., Ernst-Papst-Str 10 (Auer Tagblatt) Fernruf 642.

Bares Geld v. Mt. 3000.- auswärts erhalten foto. Heute jeden Standes durch **Paul Hubach**, Ein.-Geglich, Schildhornstr. 73 Anfragen Marken beifügen.

A. LIEBERKNECHT
Wagenbau — Fernruf 626 —
Crimmitschau I. Sa. —
Prämiert mit Goldenen und Silbernen Medaillen empfiehlt sein großes Lager von **eleganten Fahrzeugen** zur zwanglosen Besichtigung. — Einige preiswerte Gelegenheitskäufe stehen zum Verkauf.
Lager in Geschirren u. Schilfen.

Knopfloch-Maschine zu kaufen gesucht.
Dstar Gild, Auerbach I. U., Kaiserstr. 31.

Möbl. Zimmer von jungem Herrn sof. gefucht. Angeb. unt. A. Z. 4728 an das Auer Tageblatt erbeten.

Kleine Anzeigen haben guten Erfolg im **Auer Tageblatt.**

Piano, Kreutzbach, sehr gut erhalten, vorzüglich im Ton, billig zu verkaufen.
Piano-Magazin Zeuner, Zwickau, Annenstraße 37.